

Tiefer Fall oder Anschluss an das Reformzeitalter?

Die Wahrnehmung von Salzburgs Umbauprozess zu einer österreichischen Provinz im frühen 19. Jahrhundert*

ELLINOR FORSTER

„DURCH DEN Preßburger Frieden war Salzburg zu einer österreichischen Provinz herabgesunken – ohne Hofstaat, ohne politische Selbstständigkeit; daher mußte also bald alles verschwinden, was auf diesen beyden Elementen beruhte. [...] Von nun an ist nur mehr die Rede von Verschmelzung der Formen, von Promulgierung neuer Gesetze, von Einpassung der alten Glieder in die neue Verwaltungs Maschine, von Entwicklung und Vereinigung der Gesamtkräfte nach dem Ziele und Interesse des großen Reiches, welchem die kleine Erwerbung, wie dem Fixsterne der Planet, künftig angehören sollte.“¹ So formulierte Joseph Felner, der die Regierungswechsel in Salzburg vom Erzstift zum säkularisierten Kurfürstentum 1803 bis zur hier genannten ersten Angliederung an Österreich 1806 ebenso wie die Zugehörigkeit zu Bayern ab 1810 und schließlich endgültig zu Österreich ab 1816 als leitender Beamter miterlebt hatte.²

Den Provinzstatus innerhalb Österreichs interpretierte er als Verlust. Wie passt dies zum Hefttitel „Aufstieg zur Provinz“? Entsprechend Harald Heppners bei der Tagung in ClujNapoca/Klausenburg im Oktober 2013 präsentierte These sei der „Aufstieg zur Provinz“ – mit Blickrichtung auf den Donau- und Karpatenraum – in zwei Phasen erfolgt. Zunächst habe, geprägt durch die Aufklärung, etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts durch Reformen eine Angleichung der österreichischen Länder stattgefunden, was zur Einleitung irreversibler gemeinsamer Entwicklungstendenzen geführt habe. In einem zweiten Schritt versuchte sich die Bevölkerung der einzelnen Territorien ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts gegen das größere Gemeinsame wiederum abzugrenzen, indem sie mit Berufung auf vermeintliche Traditionen begann, das jeweilige Land stärker aufzuwerten. Dies habe als Schutz vor Anonymisierung und Raumentgrenzung gedient. Doch sei dafür die erste Phase als Voraussetzung notwendig gewesen, um erst auf ein

* Die Recherchen zu diesem Beitrag standen im Kontext des vom österreichischen „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ (FWF) finanzierten Elise-Richter-Forschungsprojekts Nr. V 200 „Veränderung der Gesellschaft durch Regieren und Verwalten. Politische Kommunikation in den Territorien Ferdinands III. – Toskana, Salzburg, Würzburg 1790–1824“.

höheres Niveau gehoben zu werden.³ Blickt man nun auf Salzburg, so erfolgte der Übergang an Österreich zunächst – wie oben angesprochen – als Folge des Friedens von Preßburg zu Beginn des Jahres 1806 und dauerte bis zum Krieg von 1809. Neuerliche territoriale Verschiebungen unter der Federführung Napoleon Bonapartes bewirkten ab 1810 die Zugehörigkeit Salzburgs zu Bayern, bevor 1816 die endgültige Übergabe an Österreich erfolgte. Damit war Salzburg während der prägenden Reformzeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert nicht Teil der österreichischen Länder und des dort erfolgenden Angleichungsprozesses gewesen. Allerdings wurde in Salzburg unter dem letzten regierenden Erzbischof Hieronymus Colloredo,⁴ vor allem aber mit dem Umbau zu einem weltlichen Territorium unter Ferdinand von Toskana⁵ eine Reihe von aufgeklärten Reformen umgesetzt, so dass sich die fragende Formulierung im Titel, ob die Anbindung Salzburgs an Österreich einen „Anschluss an das Reformzeitalter“ bedeutet habe, gleich zu Beginn als überzeichnet zu erkennen gibt. Doch dürfen die häufig gerühmte Reformtätigkeit Colloredos und die weniger bekannten Veränderungsprozesse im Kurfürstentum nicht darüber hinwegtäuschen, dass doch einige Verhältnisse bestehen geblieben waren, die mit den Vorstellungen vom Verhältnis von Staat und Kirche der Wiener Regierenden in Widerspruch standen und nun abrupt angeglichen wurden. Doch lässt sich Salzburg zum Zeitpunkt des Übergangs an Österreich eher schwer mit den Ländern des Donau- und Karpatenraums vergleichen.

Der „tiefe Fall“ im Titel und daraus folgend ein wahrgenommener „Abstieg zur Provinz“ liegt, wenn man auf die Interpretation Felners schaut, offensichtlich näher. Felner verwendete in dem Zitat aus seinem „Tage und Gedenkbuch“ Provinz als räumliche Kategorie und meinte damit vor allem den Verlust der bisherigen Eigenständigkeit. Durch die Ausführlichkeit und die Beigabe von Originaldokumenten in einem zweiten Band liegt dieses Manuskript den meisten Publikationen über die Jahre 1806 bis 1809, wenn es um die Angliederung Salzburgs an Österreich geht, als Hauptquelle zugrunde.⁶ Allerdings wurde es erst um 1830 fertiggestellt und 1848 endgültig in seine letzte Form gegossen. Daher ist bei der Verwendung von Felners Beschreibung für die Frage der Wahrnehmung dieser ersten österreichischen Herrschaft Vorsicht geboten. In der Zeit von 1816 bis 1848 hatte Salzburg innerhalb des österreichischen Kaisertums keine eigene Landesstelle mehr, sondern wurde als Teil des Erzherzogtums Österreich ob der Enns verwaltet. Die Wahrnehmung dieses Verlustes und die Kämpfe für einen eigenen Status als Kronland im Vormärz können sehr leicht die erste Zeit Salzburgs bei Österreich überschatten. Zwar betonte Felner, dass er „jeden Falls nur eine Geschichtserzählung aus Quellen“ geben wollte, „nicht individuelle Ansichten oder Tendenzen“,⁷ doch können seine generalisierenden Aussagen zur Stellung Salzburgs innerhalb Österreichs nur schwer von seiner späteren Erfahrung getrennt werden.

Diese erste Zugehörigkeit Salzburgs zu Österreich schien Felner jedoch wichtig zu sein, er wollte sie nicht hinter den Verhältnissen im Vormärz vergessen lassen. So resultierte der konkrete Anlass, die Schrift 1848 tatsächlich fertigzustellen, laut seiner Angaben, aus der Reaktion auf die Äußerung des zur Leitung der oberösterreichischen Regierungsgeschäfte berufenen Reichstagsdeputierten und langjährigen Abgeordneten von Salzburg Alois Fischer. Dieser „entblödete sich nämlich [...] nicht, [...] am 14. Dezember 1848 bey seinem Abschiede aus der Reichsversammlung die offenkundige

Unwahrheit auszusprechen: „Zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts sey das Fürstenthum (Salzburg) indem es an den Großherzog von Toscana gelangte, ein solches geworden, in seiner inneren Einrichtung jedoch wurde keine Aenderung vorgenommen. Später sey der Fürst genöthiget worden, nach Würzburg zu gehen und die Provinz wurde vom Feinde an Bayern verschenkt.“ Der arme Tropf, D.^{er} Fischer, Reichstags Deputierter, Ministerial Rath, Gouverneur von Oesterreich ob der Enns und Salzburg weiß also nichts oder verwechselt den Preßburger Frieden vom 26. December 1805 mit der Frankfurter Convention v. 12. September 1810. Von den churfürstlichen Organisationen hat der gute Mann nicht einmahl eine Ahnung!! Dem D.^{er} Fischer [...] ist die Geschichte, wie dem Napoleon, nur eine fable c'onvénue!!⁶⁸

Vielleicht passt dieses offensichtliche Bedürfnis von Felner im späten Vormärz bzw. zur Jahrhundertmitte, Salzburg als eigenständigen Teil der Habsburgermonarchie in Erinnerung zu rufen,⁹ zur oben skizzierten These von Harald Heppner von der verstärkten Fokussierung des Eigenen in dieser Zeit. Aus der Perspektive Felners stellte es jedenfalls die logische Konsequenz aus seinem Bemühen seit 1816 um den Status eines eigenen Kronlandes dar. Dies verfolgte er in seiner Funktion als Regierungsrat in Linz, zuständig für die Salzburger Belange.¹⁰ Der von ihm genannte Alois Fischer, seit 1829 Advokat in Salzburg und seit 1848 Statthalter in Oberösterreich, trat seinerseits für die Wiederherstellung Salzburgs als eigenes Land ein.¹¹ Offensichtlich war es dabei zwischen den beiden zu deutlichen Unstimmigkeiten gekommen.

Doch die weitere Entwicklung nach 1816 steht nicht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Hier soll es um einen genaueren Blick auf die so genannte erste österreichische Zeit gehen, um unabhängig von der späteren Überlagerung des verlorenen Landesstatus die Wahrnehmung dieses Angliederungs- und Angleichungsprozesses Salzburgs an Österreich herauszuarbeiten. Welche Aspekte wurden als nachteilig geschildert, auf welche Umstände gründete sich dies und sahen die Zeitgenossen in dieser Entwicklung auch Vorteile?

Felners „Tage und Gedenkbuch“ ist, wie erwähnt, dafür als Quelle also nur bedingt geeignet, wenn es auch – vor allem für Vergleiche und Hintergrundinformationen – ab und zu herangezogen werden wird. Als Hauptreferenten dienen hingegen zwei andere Herren, die ihre Eindrücke sehr zeitnah niedergeschrieben haben. Vor allem ist dies der Abt von St. Peter, Dominikus Hagenauer,¹² der als Prälat und landständischer Steuereinnahmer die Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Zum anderen liegen im Salzburger Landesarchiv die Tagebücher von Franz de Paula Pichler,¹³ dessen Beamtenkarriere ähnlich wie jene von Joseph Felner über die verschiedenen Zeitabschnitte hinweg verlief.¹⁴ Mit Hagenauer als geistlichen Landstand sowie Pichler und Felner als landesfürstliche Beamte geben also drei Hauptakteure über das Geschehen Auskunft, die an vorderster Stelle standen und die Entwicklungen in erster Linie aus ihrer Sicht beurteilten. Über ihre persönliche Wahrnehmung bzw. Erinnerung im Fall von Felner hinaus lassen sich ihren Aufzeichnungen auch Hinweise auf die Reaktionen der breiteren Bevölkerung entnehmen, wenn auch gefiltert durch ihre Wahrnehmung.

Vorgeschichte: Krieg, Besetzung und veränderte Kommunikationsstrukturen

UM DIE Wahrnehmung der neuen Herrschaft und damit der Stellung Salzburgs innerhalb der habsburgischen Länder interpretieren zu können, bedarf es zunächst einer Schilderung der Situation im Vorfeld. Im Sommer 1805 hatten sich die Anzeichen für einen nahenden Krieg vermehrt.¹⁵ Da Salzburg seit 1803 eine habsburgische Sekundogenitur war, lag die Bündnispartnerschaft mit Österreich im Fall eines Krieges auf der Hand. Da sich der bayerische Kurfürst auf die Seite Napoleon Bonapartes stellte, befand sich Salzburg zudem an der Grenze zum Gegner. Darauf reagierte auch der Landesfürst von Salzburg. Mitte Oktober schickte Ferdinand seine Kinder nach Wien in Sicherheit, sein Vermögen ließ er nach Graz bringen und schließlich reiste auch er selbst nach Wien.¹⁶ Dies kam für die Bevölkerung – laut Hagenauer – unerwartet. Er sei mit der Versicherung abgereist, dass er nach 14 Tagen zurückkommen würde, falls nicht die Gefahren noch größer würden. „Kam aber leider nicht wieder zurück. Die Regierung war Manfredini überlassen.“¹⁷ Federigo Manfredini, früherer Erzieher von Ferdinand und leitender Beamter seit Ferdinands Regierungsantritt als Großherzog der Toskana,¹⁸ war mit nach Salzburg gekommen und bekleidete im Kurfürstentum die Direktorenstelle des neu geschaffenen Dirigierenden Staatsministeriums, das die oberste Behörde des Landes darstellte. Über ihn lief nun die Kommunikation.

Die Herausforderungen des Krieges, der im September tatsächlich begonnen hatte, brachten neben den üblichen Lasten – Stellung von Truppen und Aufbringung von Geldmitteln für Kriegskosten – durch die geografische Lage am Rand der Bündnispartner für Salzburg auch die Einquartierung und Verpflegung von Truppen mit sich. Mit diesen finanziellen und logistischen Herausforderungen kamen die Landstände als wichtige Kommunikationspartner verstärkt ins Spiel. Sie hatten in Salzburg wie in vielen anderen Territorien des Reichs in erster Linie die Aufgabe, sich an der Schnittstelle zur Bevölkerung um die Ausschreibung und Eintreibung von Steuern zu kümmern. Zugleich waren sie die wichtigste Kreditbehörde im Land. Die Forschung zu den Landständen in den letzten zehn Jahren hat herausgearbeitet, dass sich die Funktion der Landstände zwar im Lauf der Frühen Neuzeit verändert hat, sie aber nicht, wie lange angenommen, an Bedeutung verloren hat. Sie verstanden sich nach wie vor als Repräsentanten der Bevölkerung.¹⁹ Jährlich wurden Landtage ausgeschrieben, an denen sich Vertreter der drei Stände – Prälaten, Adel sowie Städte und Märkte – in Salzburg trafen und die Forderungen von Seiten des Landesfürsten sowie die an sie herangetragenen Gravamina der Bevölkerung diskutierten. Während des Jahres traf sich der größere Ausschuss einmal monatlich, um anliegende Dinge zu besprechen. In Zeiten der Notwendigkeit zur Geldaufbringung fanden diese Zusammenkünfte jedoch häufiger und intensiver statt – die Rolle der Landstände nahm also in solchen Zeiten zu, in denen es in erster Linie um die Organisation von Geld und Nahrungsmitteln ging.

Zwar liefen die Anordnungen vom Österreichischen Armeekommando in Wien noch direkt an Manfredini. Doch ließ er diese – etwa beispielsweise über den Bau von nötigen Verschanzungen zum Schutz der kaiserlichen Truppen²⁰ oder Lieferungen an die

Truppen²¹ – den Landständen vortragen, die dann ihrerseits Vorschläge zur Organisation und Finanzierung machten. Mit der Ende Oktober erfolgenden französischen Besetzung blieben die Strukturen vorerst noch gleich. Die entsprechenden französischen Befehlshaber suchten Manfredini als Schnittstelle,²² doch zunehmend verlief die Kommunikation direkt zwischen ihnen und den Landständen.²³ Das rief Irritation bei Manfredini hervor,²⁴ verstärkte jedoch noch mehr die Position der Landstände.

Immer öfter ging die Initiative auch von diesen selbst aus. Sie wandten sich dabei zunächst an Manfredini, wie beispielsweise angesichts der von Napoleon verlangten Kriegskontribution von sechs Millionen Francs im November 1805, legten ihm ihre Pläne vor und baten ihn, dass er sich persönlich in das Hauptquartier von Napoleon begeben sollte, was er auch ausführte.²⁵ Zudem wurden Vorschläge, die von Manfredini kamen, nur zum Teil akzeptiert und sie agierten nach eigenen Vorstellungen.²⁶ Wie sehr sie sich als zentrale Institution und zur Verhandlung befugt sahen, zeigt ihre Empörung, als die Franzosen auch über sie hinweggingen. So verhandelte beispielweise der französische Colonel Monet nicht nur mit den Landständen, sondern ging Ende November 1805 gleich in die Hofkammer, ließ sich dort alle Rechnungen vorlegen und nahm den gesamten Vorrat an Bargeld, der über 6.000 Gulden ausmachte, an sich.²⁷

Als sich die neue Herrschaft Österreich abzuzeichnen begann, waren es daher konsequenterweise vor allem die Landstände, die versuchten, die Initiative zu ergreifen und die Situation für Salzburg bestmöglichst zu gestalten – nicht zuletzt aber auch, ihre eigene Position zu sichern. Mit den veränderten Verhältnissen begann nun der umgekehrte Prozess, die Fäden mussten wieder aus der Hand gegeben werden. Dies ist vor allem bei den Beschreibungen Hagenauers mitzudenken.

Befürchtungen und erste Maßnahmen

VOM SIEG Frankreichs in Austerlitz erfuhr man in Salzburg am 10. Dezember 1805²⁸ und am 31. Dezember traf mit der Information, dass der Frieden zwischen Österreich und Frankreich publiziert worden sei, ein erstes Gerücht ein: „Diese Nachricht verbreitete eine um so größere Freude, da man zugleich die allgemeine Versicherung erhielt, daß Salzburg ein Selbstständiger Staat verbleiben, und weder Bayern noch Österreich zu geteilt werden sollte. Allein diese Freude war von kurzer Dauer.“²⁹ Damit ist ein wesentlicher Punkt angesprochen, der über Hoffnung und Enttäuschung in Salzburg entschied. Die Befürchtungen waren groß, dass mit dem Verlust der Eigenständigkeit nachteilige Entwicklungen in Gang kommen würden. Als feststand, dass Salzburg zusammen mit Berchtesgaden Österreich zugesprochen worden war, verließ Hagenauer zu Beginn des Jahres 1806 seinen Vorahnungen Ausdruck. Salzburg, „das, durch so viele hundert Jahre seinen eigenen Regenten hatte, wird nun eine unbedeutende Provinzialstadt von einem Monarchen, der soweit ausgedehnte Königreiche, Herzog- und Fürstenthümer besitzt, der Verkehr hat ein Ende, weil kein Regent, kein Hofstadt, keine Stellen mehr da sind, das Geld welches hier eingehet, kommt nicht mehr im Umlaufe, muß nach der Hauptstadt fließen; zu geschweigen, daß man neuen Einrichtungen und Auflagen entgegen sieht, die hier ungewöhnlich sind.“³⁰ So sei in

der Stadt eine „allgemeine Bestürzung (entstanden), weil es doch sicher ist, daß Salzburg ein Bettl Ort seyn wird, sobald kein eigener Regent da wohnen wird. Die Furcht, daß man anstatbaar Geld, nur BankoNotten erhalten dürfte machte, daß sogleich auf der Landschaft bis 200,000 f aufgekündigt wurden.“⁶³¹

Angesichts dieser vorgestellten negativen Zukunftsaussichten fiel der Blick zurück sehr wehmütig aus, die Eigenschaften des letzten Regenten, „dessen Herzensgüte, und Religiöses Betragen“, erschienen umso strahlender.³² Am Abend des Huldigungstages anfangs März vermerkte Hagenauer, dass nun „dieser wichtige Tag beschlossen (wurde), vielleicht aber auch mit diesem alle gute Aussichten, die Salzburg durch mehrere hundert Jahre unter ihren eigenen Regenten genoß und hatte, geendet.“³³ Im Zuge der Feierlichkeiten dieser offiziellen Übernahme von Salzburg waren die ersten kaiserlichen Wappen an der Residenz und an zwei weiteren zentralen Regierungsgebäuden angebracht worden.³⁴ Ohne jeden weiteren Kommentar schreibt Franz de Paula Pichler unterm 22. Mai 1806 in seinem üblichen knappen Stil in sein Tagebuch, dass ein sehr starker Wind geblasen habe, der jedoch nirgends Schaden anrichtet habe, „nur hat er die bey der grossen Residenz Porte aufgehängten kaiserlichen Wappen zertrümmert und herabgeworfen.“³⁵ Die Bemerkung deutet immerhin darauf hin, dass dies erwähnenswert genug war, auch wenn eine Interpretation, wie er die österreichische Herrschaft wahrnahm, hier nur Spekulation bleiben muss.

Die Befürchtungen richteten sich also insbesondere auf finanzielle Verschlechterungen – auf die Verminderung des Umsatzes, weil es keinen eigenen Hof mehr geben würde, und die Einführung des österreichischen Papiergeldes, der Banco-Zettel, von denen man wusste, welche großen Probleme sie in Österreich hervorgerufen hatten.³⁶ Diesem versuchte man vorzubeugen. Als erste Maßnahme beschlossen die Landstände sofort nach der offiziellen Benachrichtigung, dass Salzburg „unter die Beherrschung Östereichs trete“,³⁷ ein Bittschreiben an den ehemaligen Landesfürsten Ferdinand zu richten, damit er sie Kaiser Franz empfehle und sich dafür einsetze, dass die landständische Verfassung aufrecht bliebe und die bisherige Geldwährung in klingender Münze beibehalten werden könne.³⁸ Im Februar reiste nach zuvor erwirkter Erlaubnis eine Deputation aus Vertretern der Landstände mit Franz de Paula Pichler als landesfürstlichen Beamten nach Wien.³⁹ Sie baten entsprechend der skizzierten Befürchtungen wiederum um die „Belassung der klingenden Münze; Um Aufrechthaltung der Landschäftlichen Verfassung; Um Vorschuß zur Bestreitung der dringenden Auslagen; und um Nachschub der erforderlichen Vicktualien, wenn dem Vernehmen nach 3 Regimenter in das Land kommen sollten.“⁴⁰ Doch erhielten sie nur vorläufige und allgemeine Zusagen. Die Verhältnisse müssten erst noch genauer untersucht werden, um hinsichtlich der Geldwährung zu entscheiden. Die Landstände wurden einstweilen provisorisch bestätigt. Erreichen konnten sie nur einen Vorschuss für die nötigsten Auslagen. Hagenauer selbst reiste im April nach Wien, um sich für das Fortbestehen seines Klosters St. Peter einzusetzen.⁴¹ Bei dieser Gelegenheit brachte auch er alle Anliegen des Landes vor – aus seiner Perspektive der Bedeutung nach folgendermaßen gereiht: Kloster, Universität, Landstände, Geldwährung. Dazu machte er Besuche beim vormaligen Regenten Erzbischof Colloredo, den er als Fürsprecher zu gewinnen suchte, bis hin zu einzelnen hohen Beamten und Kaiser Franz.⁴² Die Frage der Papierwährung wurde im Herbst 1806 entschieden, was

zur Entspannung beitrug. Die Banco-Zettel sollten in Salzburg und Berchtesgaden nicht eingeführt werden, hieß es von Seiten des Kaisers, weil man ohnehin plante, sie abzuschaffen oder zumindest wieder dem Kurs des Bargeldes anzunähern.⁴³

Andere Schwerpunkte setzte der Stadtmagistrat, der im Juni eine Deputation nach Wien geschickt hatte.⁴⁴ Ihm ging es in erster Linie um die Errichtung einer eigenen Regierungsstelle. Vielleicht war dies den landständischen Vertretern als zu selbstverständlich erschienen, dass in Salzburg nach dem Modus der anderen österreichischen Länder ein Gubernium eingerichtet werden würde. Doch die Diskussionen, die in Wien geführt wurden, zeigen, dass das keinesfalls feststand. Der Kaiser hatte den Abgeordneten des Salzburger Stadtmagistrats zwar eine eigene Landesstelle in Aussicht gestellt, was Hagenauer vorsichtig mit den Worten, „nun kommt es auch auf die Erfüllung“ an, beurteilte.⁴⁵ Tatsächlich forderte Franz aber zunächst von Hofkommissär Ferdinand Graf Bissingen, der Salzburg und Berchtesgaden seit Februar 1806 verwaltete, ein Gutachten darüber. Die Haltung in Wien tendierte eher dazu, dass die hinzugekommenen Territorien Salzburg und Berchtesgaden zu klein und unbedeutend dafür seien. Finanzminister Karl Graf Zichy drückte seine Meinung über die neuen Erwerbungen gegenüber Hagenauer zwei Jahre später so aus, „daß das kleine Salzburg der Monarchie nichts eintrage, und daß man immer dahin Geld schicken müsse.“⁴⁶ Die Alternative zu einer eigenen Landesstelle nach dem Muster der Gubernien in den anderen Territorien wäre ein Kreisamt gewesen, das dem Gubernium in Linz oder in Graz unterstanden hätte. Dabei sah man in Wien durchaus die prekäre Lage, die sich in Salzburg durch den Abzug des Hofes ergeben hatte. Auch galt es, auf die vielen Beamten im Land Rücksicht zu nehmen. Bissingen setzte sich für die Einrichtung einer eigenen Landesstelle ein, indem er hervorhob, dass fast drei Fünftel von Salzburg und Berchtesgaden an Bayern grenzen würden, somit an ein gegenwärtiges Land aus dem vorhergehenden Krieg. Der rege Handelsverkehr, der sich zwischen den beiden Ländern und Bayern entwickelt habe, könne sehr leicht die Tore zu negativer Beeinflussung öffnen und damit zu einer Missstimmung gegen Österreich führen. Hier hätte eine näher gelegene Regierung bessere Möglichkeiten, auf etwaige problematische Vorkommnisse zu achten. So war es letztlich vor allem die militärische Lage Salzburgs an der Grenze zu Bayern und die argumentierte Notwendigkeit, genau auf die sich entwickelnden Tendenzen zu schauen, die 1807 zur Einrichtung einer eigenen Landesstelle führten.⁴⁷ In der Benennung wurde auf die Salzburger Verhältnisse Rücksicht genommen. Sie wurde nicht als Gubernium bezeichnet und die Verwaltungseinheiten darunter blieben die Pfliegergerichte. Somit änderte sich nach außen zunächst nicht so viel, wenn auch die höchsten Stellen mit Beamten aus den anderen österreichischen Ländern besetzt wurden.

Zur Untermauerung der Anliegen an höchster Stelle blieben Reisen nach Wien eine wichtige Kommunikationsschiene. Allerdings waren diese an die Erlaubnis bzw. Aufforderung des Kaisers geknüpft. So ergab sich beispielsweise eine weitere Gelegenheit anlässlich der Vermählung von Franz und Maria Ludovica im März 1808, zu der auch eine Salzburger Delegation angefordert wurde.⁴⁸ Eine besonders gute Möglichkeit zur Vorbringung von Wünschen stellte der Besuch von Kaiser Franz im Oktober 1807 in Salzburg dar. Insgesamt hatte der Monarch laut Hagenauer „hundert und mehr Memorialien“ erhalten, die er mitnahm, „und es steht das weitere zu gewarten.“⁴⁹

Der andere Fixpunkt der Bemühungen richtete sich auf den im Land weilenden Hofkommissär. Er diente als Anlaufstelle und Kommunikationspartner.⁵⁰ So wurde ihm sofort bei erster Gelegenheit von Seiten der Landstände die Aufwartung gemacht und um die Aufrechterhaltung der landständischen Verfassung gebeten.⁵¹ Dabei nahm der Hofkommissär bzw. ab der Einrichtung der Landesstelle der Präsidiungsverweser die Rolle des Hofes ein. Damit einher ging auch entsprechendes repräsentatives Verhalten – er lud zur Tafel ein und veranstaltete Feste. Mit der Zugehörigkeit zu Österreich ergaben sich viele neue Anlässe – neben den üblichen Geburts- und Namenstagen des Regentenpaars kamen auch jene von anderen Familienmitgliedern der Habsburger, lebende wie auch verstorbene, hinzu. Im Rückblick Felters ging das Repräsentationsverhalten Bissings über das übliche Maß hinaus. So zählte er eine Reihe Beispiele „seiner Prunk- und Ostentations-Sucht“ auf. Zur Feier des Namenstages des Kaisers habe er „bey Hof eine Tafel von 64 Couverts (gegeben) u. [...] einen Ball im Rathaussalle“ veranstaltet. Am 15. Oktober „als am Theresien Tage empfieng er im vollen Zirkel Nahmens der Kaiserin die Glückwünsche und traf die Einleitung zum Abendtheater bey glänzender Beleuchtung.“ Daneben feierte er auch seinen eigenen Namenstag am 19. Oktober. „Noch glänzender war die Gesellschaft, die sich am 1. Jänn. 1807 bey dem Hofko(mmiss)är versammelte, welcher die Neujahrwünsche für sich und seine Familie, sowohl als für S.^c Majestät den Souverain mit der feyerlichsten Miene vom Militär, von der Regierung, von der Kammer, von der Landschaft, von den Ruperti-Rittern, von den Facultäten der Universität u von dem Magistrate Branche für Branche, entgegen nahm.“⁵²

Aber trotz dieses Repräsentationsverhaltens fiel ein beträchtlicher Teil an wirtschaftlichem Umsatz weg, da der Haushalt eines Hofkommissärs ungleich kleiner war als der eines Regenten. So resümierte Hagenauer Ende des Jahres 1806, dass man nun „bereits den Unterschied zu empfinden an(fange), was das ist, wenn man einen eigenen Regenten hat, oder wenn man einen dritten und weit entfernten untergeben seynmuß. Mangel an Verdienst befinden sich viele Bürger besonders Bildhauer, Mahler, Vergolter, Riemer Wagner & in großer Dürftigkeit. Mit der Entfernung des Hofes, hat sich der Umlauf des Geldes entfernt.“⁵³ Alles, „was ein glänzender Hof, und seine zahlreiche Dienerschaft hier und im Lande verzöhret hat, bleibt aus und entgeht dem Bürger, und dem Landmann.“⁵⁴

Spürbare Veränderungen

FÜR ÖSTERREICH ging es im ersten Jahr vor allem darum, sich die notwendigen Kenntnisse vom neuen Land anzueignen. So kamen im Frühjahr 1806 für Polizeiangelegenheiten, das Zoll- und Mautwesen, Kameralwesen und ständische Angelegenheiten so genannte Einrichtungskommissäre nach Salzburg, um Angleichungsvorschläge an die österreichischen Verhältnisse zu erstellen.⁵⁵ Hagenauer schien diese Beamten eher neutral wahrzunehmen. Er nutzte vielmehr die Gelegenheit, bei Befragungen eigene Vorstellungen und Bitten vorzubringen, wie etwa gegenüber dem Hofrat der böhmischen und galizischen Hofkanzlei Carl von Eyberg, der im Juni und Juli 1806 vier Wochen in Salzburg verbrachte, um sich einen Überblick zu verschaffen, da er anschließend in Wien das Salzburgerische Referat übernehmen musste.⁵⁶Felters

Rückblick darauf fiel hingegen vernichtend aus. „Diese Schaaren von Commissairs und Agenten der Hofämter, die gleich Heuschrecken-Wolken über das Neoadquisitum herfielen“, sollten das „Verschmelzungs-Egalisierungs- und Nivellirungs System nach der altösterreich. Basis durchzuführen. Es war ja schon eine alte Krankheit des Habsburger Regimente; denn wo die Habsburger einmahl Fuß faßten, begann auch sogleich die Umwühlung des geschichtl. Bodens, der Nationalitaet und des urkundlichen Rechtes – der leibhaftige Bureaokratische Nivellismus!“⁵⁷ Diese Beurteilung war allerdings im Originalmanuskript der 1830er Jahre noch nicht enthalten, sondern erst bei der endgültigen Fertigstellung 1848 eingefügt worden. So wird hier nochmals deutlich, wie sehr Felners Beschreibung von der Tagespolitik des Vormärz geprägt war.

Während des ersten Jahres der österreichischen Herrschaft blieben die Behörden nur provisorisch bestätigt. Das schuf Unsicherheit und vieles blieb in der Schwebe. Als am 1. Dezember 1806 in Bayern die Organisation des Landes Tirol, das mit dem Frieden von Preßburg zu Bayern gekommen war, im Druck erschien, zog Hagenauer einen Vergleich zwischen Bayern und Österreich, in dem letzteres schlecht abschnitt. Diese Organisation sei der Beweis dafür, um wie viel schneller der Geschäftsgang in Bayern sei, da es „das 3 bis 4 mal größere Tyrol in 10 Monathen Organisiert hat, während wir in Salzburg noch nicht einmahl wissen, welche Hofstellen zu verbleiben haben, und welche aufgehoben werden sollen, wir immer neue Anfragen und Verordnungen, auf unsere Äusserungen aber, keine oder nur zweifelhafte Entschlüssen bekommen.“⁵⁸ In ähnlicher Weise hatte Pichler schon im Mai 1806 festgehalten, dass die österreichische Verfassung in das bisherige System viel Verwirrung bringen würde.⁵⁹

Auch 1807 dauerte „das lästige Provisorium“ noch fort.⁶⁰ Dieses Urteil Hagenauers hing vor allem mit dem österreichischen Vorgehen hinsichtlich der Landstände zusammen. Auch sie waren nur provisorisch bestätigt und durften zwar neben den monatlichen Zusammenkünften des größeren Ausschusses auch die jährlichen Großen Landtage abhalten. Doch ließ sich Wien darüber hinaus offensichtlich nicht weiter auf dieses Kommunikationsmodell ein. Im Herbst 1807 resümierte Hagenauer, sie hätten „kein Wort der Entschlüßung auf die Vorstellungen des vorjährigen Landtags“ bekommen. Damit blieb die Kommunikation einseitig bzw. auf andere Kanäle beschränkt. Sie wurden „in der nämlichen Verwirrung in der wir seit 2 Jahren liegen belassen.“⁶¹

Man hielt also zwar grundsätzlich an den Landständen fest, griff aber in deren Struktur ein und kontrollierte sie viel stärker.⁶² Aufgrund ihrer Bedeutung im Finanzwesen konnten sie nicht einfach abgeschafft werden, sondern sie wurden sie nach wie vor miteinbezogen, wenn es sich um die Finanzierung handelte, wie etwa die Ablösung der durch Einquartierungen und Truppendurchzüge entstandenen Kosten des vorhergehenden Krieges⁶³ und die Aufrechterhaltung der Fortifikationswerke. Doch ging die Tendenz dahin, Kompetenzen aus den Händen der Landstände zu nehmen, wenn dieses Vorhaben auch zunächst mangels alternativer Finanzierungsmöglichkeiten scheiterte.⁶⁴ Nach und nach begannen sich kleinere Abläufe zu ändern. Nicht mehr die Landstände suchten für die Landtage um Absendung der landesfürstlichen Kommissäre an, sondern diese wurden schon im Vorfeld von der Landesregierung dafür bestimmt.⁶⁵ 1808 kam die Anfrage, ob sich nicht die Salzburger mit den Berchtesgadner Ständen zusammenlegen ließen. Aus der Perspektive Wiens hätte das einen Vereinfachungsschritt dargestellt,

von Seiten Salzburgs wurde die Anfrage jedoch als Affront empfunden. Mit dem Argument, dass man dann auch die Schulden der Berchtesgadner Stände übernehmen müsse, was nicht finanzierbar sei, ließ sich dieses Ansinnen verhindern.⁶⁶

In ähnlicher Weise wie die Struktur der Landstände wurden auch bestehende Privilegien hinterfragt und zur Diskussion gestellt. Zwar blieb entsprechend der österreichischen Verhältnisse auch in Salzburg mit dem neu geschaffenen Landrecht – statt dem bisherigen Hofrecht – der Gerichtsstand für die privilegierten Stände erhalten.⁶⁷ Doch kamen diese verstärkt in Legitimationszwang. So ordnete die Landesregierung beispielsweise für eine angemessene Kostenbeteiligung an der Reparatur des Straßenpflasters eine allgemeine Gebäudeschätzung an. Gegen das Benachrichtigungsschreiben „auch an die privilegierten Herrschaften“ [...], dass man kommen werde, um die Gebäudeschätzung vorzunehmen“ protestierten der Fürstbischof von Chiemsee, Hagenauer als Abt von St. Peter, die Äbtissin von Nonnberg, Hieronymus Graf Lodron und Leopold Graf Kuenburg, „weil es den privilegierten Ständen immer eigen war, wenn Schätzungen notwendig waren, ihre Schätzungen selbst subfidenobilivelsacerdotali [auf Treue des Adels oder des Priesters] vorzunehmen.“⁶⁸ Sie hatten mit ihrem Gesuch zwar Erfolg, doch waren es letztlich doch landesfürstliche Beamte – der Hofbaudirektor mit dem Hofmaurer und Zimmermeistern – wenn auch in höherem Rang, die die Gebäude der privilegierten Stände schätzten. Als im Herbst 1806 über eine Kopfsteuer diskutiert wurde, war zu klären, welche Familien oder Personen in Salzburg von der Steuer ganz oder zum Teil befreit waren und woher diese Steuerfreiheit resultierte.⁶⁹ Im Mai 1808 ging es um die Voraussetzungen für das Amt eines Pflegers. Bisher war es üblich gewesen, dass ein Salzburger Landmann auf einer Pflüge keine Kautio erlegen musste, sondern dass eine Generalverschreibung genügte. Nunmehr fragte die Regierung genau nach, woher diese Gewohnheit komme, und ob es für die Sicherheit der landständischen Kasse nicht besser sei, wenn auch die Landleute eine ordentliche Kautio erlegen müssten. Die Stände kamen daraufhin in Argumentationsnot, da es dafür kein verbrieftes Privilegium gab, sondern man sich nur auf „ursprüngliches Herkommen“ berufen konnte. Man einigte sich daher darauf, dass jene, die bereits als Beamte eingesetzt waren und ihre Generalverschreibungen abgegeben hatten, keine Kautio erlegen sollten, in Zukunft aber alle in gleicher Weise – wenn sie keine verschuldeten Güter besaßen – die vorgeschriebene Kautio zu entrichten hatten.⁷⁰ Solche Diskussionen scheinen auch interne Veränderungen bewirkt zu haben. So stimmten die Stände etwa im März 1809 für das Ansuchen des Landmanns und Stadtsyndikus Hieronymus Kleinmayrn um die vakante Stelle eines Landschaftsabgeordneten und wiesen zugleich Hieronymus Graf Plaz ab, „obgleich seit undenklichen Zeiten immer die Verordneten aus dem Kavaliestand genommen worden.“⁷¹

Was schon unter Ferdinand begonnen hatte, wurde unter der österreichischen Regierung weiter fortgesetzt. Die geistlichen Institutionen hatten nach der Säkularisation viel an Einfluss eingebüßt. Nun wurden dem Konsistorium weitere Agenden entzogen. Ende Dezember 1806 wurde angekündigt, dass sämtliche geistliche Oberbehörden im Herzogtum Salzburg und Fürstentum Berchtesgaden mit 1. Januar 1807 ihrer bisher innegehabten Ziviljurisdiktion und aller der ihnen bisher übertragenen weltlichen Geschäftszweige enthoben werden sollten. Sie seien von nun an nur noch für die Besorgung der spirituellen Geschäfte zuständig. Damit war ihnen auch die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen

genommen. Hagenauer befürchtete durch die Übertragung der Verwaltung der milden Stiftungen an weltliche Institutionen vor allem eine Verminderung dieses Vermögensstandes, wie er schon im Kurfürstentum eingesetzt habe. Denn dieses Vermögen sei etwa zur Einrichtung der Medizinischen Fakultät oder zur Reparatur des Straßenpflasters verwendet worden. „Die Aussichten in die Zukunft zeigen sich noch trüber.“⁷² 1808 kam die Anordnung, dass der Kirchenzehent des Salzburger Klerus nicht mehr vom Konsistorium, sondern von den Pfliegergerichten eingehoben werden solle.⁷³ Alle diese Maßnahmen entsprachen der österreichischen Politik seit Maria Theresia und Joseph II., den kirchlichen Einfluss zurückzudrängen.

Zudem wurde auch das Domkapitel aufgehoben. Diese Möglichkeit hatte der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 den Fürsten der säkularisierten Territorien und Stifte geboten. Ferdinand hatte als Kurfürst von Salzburg diese Gelegenheit nicht wahrgenommen, sondern eine andere Methode gewählt: Er besetzte durch Tod vakant gewordene Domherrenstellen nicht mehr nach.⁷⁴ Österreich hingegen hob im Dezember 1806 das Domkapitel als Ganzes auf – mit der Absicht, ein neues Domkapitel, unter veränderten Vorzeichen, zu schaffen. Solche Neugründungen ermöglichten immer einen stärkeren Eingriff, weil die Statuten erst vom Landesfürsten genehmigt werden mussten. Zugleich mit dem Domkapitel kam auch das Ende für den Fürststatus des Bischofs von Chiemsee, für die Kanoniker in Berchtesgaden und die Schneeherren in Salzburg, wenn sie auch vorerst ihre Funktionen fortsetzen sollten. Mit Blick auf breitere Kreise der Bevölkerung schrieb Hagenauer in das Tagebuch, dass diese „Auflösung des so uralten Metropolitansstiftes [...] eine allgemeine Bestürzung (verursacht habe), indem damit der Stadt das letzte Ansehen, und der Bürgerschaft bey den zunehmenden Auslagen, der letzte Zweig eines Erwerbes benommen wurde.“⁷⁵ Hinsichtlich seines eigenen Klosters ergab sich aus der Aufhebung des Domkapitels und des Fürststatus des Bischofs von Chiemsee jedoch ein Vorteil. Als Abt von St. Peter rückte er nun von der dritten Stelle der Prälaten an die erste, was mit einer größeren Präsenz verbunden war. Wenn es etwa um die Überbringung der Glückwünsche zum Neuen Jahr beim Hofkommissär ging, war es nun an Hagenauer, diese zusammen mit dem Landschaftskanzler zu überbringen.⁷⁶ Als eine der ersten Reaktionen Hagenauers auf die Aufhebung des Domkapitels sprach er sofort die Rangfrage bei Prozessionen zwischen dem Domkapitel und St. Peter an. Sollte das neu zu gründende mit denselben Vorrechten eingesetzt werden, die es bisher hatte, oder würde nun St. Peter an dessen Stelle treten? Dieser über Jahrhunderte währende Präzedenzstreit war schließlich so gelöst worden, dass zwar das Domkapitel den Vorrang vor St. Peter erhielt, dem Kloster dafür jedoch jährlich am Tag des hl. Benedikts acht Dukaten zahlen musste.⁷⁷ Hagenauer plädierte angesichts der Aufhebung des alten und Gründung des neuen Domkapitels für die Beibehaltung dieser Zahlung, die ihm offensichtlich wichtiger als der nach außen gezeigte Rang war.

Unsicherheiten und Veränderungen boten also auch Vorteile. So war es auch üblich gewesen, dass der Abt von St. Peter dem Erzbischof jährlich zu Weihnachten neun Dukaten überreichte. Diese Zahlung stellte Hagenauer im ersten Jahr der österreichischen Regierung sofort ein und wollte „damit so lange rückhalten“, bis er dazu aufgefordert würde, „da es nicht entschieden ist, ob man diese dem Erzbischofe, oder dem Regenten zu reichen hat, zumahlen dermal keiner aus Beyden hier ist.“⁷⁸ Erst 1809 forderte die Landesregierung die Nachzahlung der „nun aber seit 2 Jahren unterlassenen 9 Dukaten,“ wogegen

Hagenauers Protest nichts half.⁷⁹ Seinerseits beharrte er hingegen am Fest des hl. Benedikts auf die übliche Überbringung von acht Dukaten von Seiten des Domkapitels, auch wenn dieses aufgehoben worden und die Zahlung wegen der noch nicht entschiedenen Frage „wegen Abtretung des Ranges“ noch offen war.⁸⁰

Einstweilen konnten der Bischof von Chiemsee wie auch der Domdechant als Vertreter des Domkapitels noch so lange an den Versammlungen der Landstände teilnehmen, bis die zwei vakanten Stellen neu besetzt wurden,⁸¹ doch hatten sich die Einflusssphären deutlich verschoben. Hagenauer war dies sehr bewusst, denn er stellte deren Machtverlust in den Kontext der früheren Machtausübung. So „wurde das Domkapitel, und der Bischof in Chiemsee die ersten zween Stimmgeber, die sich immer besonders während der Interregnen so manche Vorrechte einzuräumen suchten, die selbst in den Jahren 1779 bis 1786 gegen die Landschäftlichen Einrichtungen bey dem Reichshofrath Klag führten, von dieser Versammlung ausgeschlossen, und mußten als ehevorige Mitregenten auf allen Landeseinfluss Verzicht thun.“ Doch war ihm auch die Unsicherheit der eigenen Position klar, da er die Frage anfügte, ob „nicht auch mir und den übrigen ständischen Klöstern das nämliche Schicksaal zu gewarten bevorstehet, ia ob nicht die ganze Landschäftliche Verfassung umgestossen wird, stehet zu gewarten.“⁸²

Dass die Tendenz weiter in Aufwertung der weltlichen und vor allem direkten landesfürstlichen Behörden ging, lässt sich auch an Hagenauers akribischen Beobachtungen, wer jeweils zur Tafel bei Hof eingeladen war, ablesen. Als sich im Oktober 1807 Kaiser Franz in Salzburg befand, wurden zur „K. K. Tafel [...] heut die Direktoren von der Oberst Justitz, vom Hofgericht, der Regierung und Kamer, und die neu ernannten RegierungsRäthegezogen; Von der Landschaft aber niemand, selbst der Fürst in Chiemsee nicht.“⁸³ Auch Felner erinnerte sich daran, dass vor allem „die Civil- und Militär Notabilitäten“⁸⁴ eingeladen wurden.

Die Einrichtung dieser obersten Behördenstellen, die schließlich in der zweiten Jahreshälfte 1807 nach und nach bekanntgemacht wurden, nahm Hagenauer eher emotionslos zur Kenntnis.⁸⁵ Meist wurden die Räte bestätigt oder aus entsprechenden Behörden übersetzt, die leitenden Beamten kamen jedenfalls aus den Ländern der habsburgischen Länder. Die neuen Behörden brachten auch Änderungen in der Verwendung der Gebäude mit sich. Hagenauer bedauerte etwa, dass das Kapitelhaus – „dieser wichtige Ort, in welchem seit so viel hundert Jahren die Salzburgerischen Regenten und Erzbischöfe gewählt und bekannt gemacht worden sind“ – nun „für die Niederlage des allgemein verhaßten TabackApaldobestimt“ wurde.⁸⁶

Diese deutliche Aussage hinsichtlich des „Taback-Apaldos“, der nun einzig gültigen Tabakverkaufsstelle,⁸⁷ deutet schon an, dass die wirtschaftlichen Veränderungen offensichtlich als am problematischsten wahrgenommen wurden. Diese Maßnahmen waren zudem am schnellsten zu spüren, weil sie zum Großteil schon in den ersten Monaten durchgesetzt wurden, wie etwa die Einführung des österreichischen Mautsystems. Hagenauer schrieb dazu, dass er zwar wisse, „daß sich das kleine Salzburg den Verordnungen der so weit ausgedehnten Staaten Östereichs fügen müßte, daß es aber doch äusserst empfindlich seye, wenn das durch 2 Kriege so übel hergenommene Salzburg schon gleich itzt mit Abgaben und Bürden beladen würde, die es nie gekant und die ihm die Hoffnung sich wieder zu erhollen vollends benehmen müßten.“⁸⁸

Auch wenn die österreichische Papierwährung verhindert werden konnte, kam es doch zu Schwierigkeiten mit den neuen Geldsorten. Im Juli 1806 wurde laut Pichler die „Verwirrung wegen des hier eingeführten Kupfergeldes [...] immer arger.“⁸⁹ Überhaupt machte „der langsame Geschäftsgang, die Trohung von den in österreichischen Staaten gewöhnlichen Auflagen auf Waaren Toback, Fleisch des Stempels, der Punzierung des Golds und Silbers &c die Leute sehr niedergeschlagen.“⁹⁰ Spürbar war vor allem die österreichische Geldabwertung, die nun auch Salzburg betraf.⁹¹ Das österreichische Zollwesen wurde eingeführt, was bei deren Bekanntmachung „eine allgemeine Bestürzung, vorzüglich bei dem Merkantilstande“ auslöste.⁹² Als am 27. Februar 1808 der „Markt eingeleitet“ wurde, fiel er sehr mager aus, „da kein fremder Kaufmann die Östereicher ausgenommen, wegen den neuen Mauten nicht kommen durfte. [...] es war nicht der 10te Theil von Läden besetzt.“⁹³ Plötzliche Vorkommnisse wurden mit den neuen Umständen in Verbindung gebracht. So schrieb Hagenauer, als am 9. Februar 1808 ein Kaufmann plötzlich an einem Schlaganfall starb, dass dieser „der ordentlichste und christlichste Mann (gewesen sei), so gab man diesen schnellen Todtfahl den vielen Verdrussen, die ihm das neue Bankalamt verursachten, schuld.“⁹⁴

Dagegen wogen die Vorteile, die sich durch die Anbindung an Österreich ergaben, offensichtlich zu wenig, als dass sie erwähnenswert gewesen wären. So wurde im April 1808 beispielsweise nach Graz eine „Ordinari Brief Post und ein wöchentlicher Postwagen eingeführt“, während es bis dahin nur einen fahrenden Boten gegeben hatte.⁹⁵ Dagegen hatte sich jedoch insgesamt das Postporto erhöht.⁹⁶

Bewertung des eigenen Status durch die Verortung im europäischen Geschehen

BIS IN das Jahr 1807 gab es immer wieder Gerüchte, dass die Länderzugehörigkeiten neu verteilt werden könnten. Auch wenn für Österreich und damit Salzburg mit dem Frieden von Preßburg die Verhältnisse vorerst geklärt waren, gingen die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und anderen Fürsten weiter und mündeten schließlich in den Jahren 1806 und 1807 in den vierten Koalitionskrieg von Preußen, Russland, später Großbritannien und Schweden gegen Frankreich, an dem sich Österreich nicht beteiligte. Der Blick in Salzburg richtete sich besorgt auf eine eventuelle Ausweitung des Krieges und mögliche Konsequenzen. Die dichte Abfolge von Gerüchten, die von Bedrohung und verschiedenen Zukunftsszenarien sprachen, seien am Beispiel von Pichlers Tagebuch im Sommer 1806 geschildert. So schrieb er am 29. Juli, dass die Stadt „in allgemeiner Bangigkeit“⁹⁷ stehe, denn die Zeitungen würden davon berichten, dass die französischen Truppen gegen Würzburg vorrückten und Salzburg zusammen mit dem Innviertel wieder als Verteilungsmasse für Souveräne, die Verluste erlitten hätten, dienen sollten. Zwei Tage darauf kam die Nachricht vom Friedensschluss zwischen Frankreich und Russland, „mithin bleiben die Marsche der Franzosen hieher wieder eingestellt.“⁹⁸ Schon am 13. August 1806 hieß es wieder, dass sich die Franzosen von neuem immer mehr den Grenzen nähern würden.⁹⁹ Einen Tag später lautete ein Gerücht, „daß Franzosen

am 16. oder 17. d. M. hier einrücken, und Salzburg nebst dem Innvrtl für die Forderungen depot nehmen wollen, welche Bajern, Baden und Wirtenberg für die Kosten so ihnen durch [...] Aufenthalt der französischen Truppen¹⁰⁰ entstanden waren. Als der Krieg zwischen Preußen, Russland und Frankreich begann, wechselten sich die Nachrichten noch intensiver ab. „Die Stadt ist voll von Gerüchten: bis 15 Dezemb. sollen bayerische Soldaten das Land in Besitz nehmen – Bald wird Bajern, bald unser voriger Kurfürst, bald der Gefürstete Herzog von Modena unser Herr. Es ist am 8^{ten} Nov. der Stillstand geschlossen worden.“¹⁰¹ Täglich würden „neue Projekte“ über die Verteilung der Länder „in Vorschein“ kommen, schrieb Pichler Ende November 1806, „nun soll der Isarstrom die Gränze von Oestreich werden.“¹⁰² Diese Ungewissheit ist bei der Frage, wie die Angliederung an Österreich wahrgenommen wurde und wie bereit man war, sich darauf einzulassen, vor allem in den zwei ersten Jahren immer mitzudenken.

Angesichts der Gerüchte taten sich stets wieder mögliche Alternativen auf. Während Pichler die Varianten, die im Gespräch waren, nur beschrieb, stellte Hagenauer auch Überlegungen an, welche zu bevorzugen seien. Während des Krieges lässt sich aus der Beschreibung der anwesenden Truppen keine Präferenz erkennen. Offensichtlich waren Exzesse der österreichischen Truppen¹⁰³ genauso wie solche von gegnerischen Truppen vorgekommen.¹⁰⁴ Im Rückblick auf das Jahr 1806 strich Hagenauer jedoch hervor, dass man glücklich sein könne, dass man Österreich und nicht Bayern zugesprochen worden sei. „Würde ersteres geschehen seyn, so würde das Kloster schon lange aufgehoben, und uns eine unbedeutende Pension ausgesprochen worden seyn.“¹⁰⁵ Hier sprach er natürlich zunächst aus seiner Perspektive als Abt eines landständischen Klosters. Das war auch eine der Befürchtungen im Gefolge eines möglichen neuen Krieges. Die „trüben Aussichten versprechen uns nicht viel Gutes, die Furcht Östereich dürfte noch im Kriege verwickelt werden, erregt die bange Sorge, daß Salzburg noch einen 4ten Regenten bekommen könnte, und demnach wehe St. Peter.“¹⁰⁶ Doch auch in Hinblick auf die Gründung des Rheinbundes wählte er sich bei Österreich besser aufgehoben. Man sei „doch unter der östereichischen Regierung weit glücklicher, als unter der uns benachbahrten Bayerischen, oder unter der Wirtenbergisch oder Badischen. Diese Regenten, oder vielmehr ihre Unterthanen fühlen das Unglück, das Sie sich mit der Beytrettung zum Reinischen Bunde zu gezogen haben nun zu sehr, Sie müssen, weil ihr Protector der Französische Kaiser Krieg mit Preusen und Rusland hat, ihre Leute bis 80000 an der Zahl ihm zu Hilfe schicken, und sich eine Ehre daraus machen zur Unteriochung der noch übrigen freyen deutschen Regenten, und zur Vergrößerung des geschwornen Feindes Deutschlandes des Französischen Kaisers [...]“¹⁰⁷

Mit der Gründung des Rheinbundes war auch die Aufhebung des Heiligen Römischen Reichs einhergegangen, was die Zeitgenossen sehr deutlich als Zäsur wahrnahmen. Hagenauer verglich angesichts der skizzierten Pflichten der Rheinbundstaaten die Situation mit dem Reich. Hätten „die ehevorigen deutschen Reichsstände ihrem nun abgedankten Reichsoberhaupt nur den hundertsten Theil von iener Hilfe geleistet [...], welche sie itzt ihrem Protector leisten müssen, Frankreich würde sich gewiß nie zu diesem Grade der Stärke erschwungen haben.“¹⁰⁸ Die kurz genossene Kurfürstenwürde war Salzburg ja schon mit dem Frieden von Preßburg abhanden gekommen. Dies wurde in den Aufzeichnungen von Hagenauer, Pichler und Felner nicht als Verlust kommentiert.

Hingegen stellte sich jetzt eher die Frage, was die Aufhebung des Reichs für Österreich, zu dem man ja nun gehörte, bedeutete. Aus Pichlers Eintrag lässt sich der wahrgenommene Bedeutungsverlust zwischen den Zeilen herauslesen. Mit der Gründung des Rheinbundes habe „(f)olglich [...] in diesem die Wirkung des oestr. Kaiserthums“¹⁰⁹ aufgehört. „Der Kaiser hat unterm 6. d M. die Abdankungs Urkunde des romischen Kaiserthums herausgegeben. Er ist von nun an Kaiser von Oestreich.“¹¹⁰

Angesichts der Tatsache, dass Österreich der vierten Koalition gegen Frankreich bis zum Ende des Krieges, der mit dem Frieden von Tilsit vor allem Preußen große Verluste gebracht hatte, nicht beigetreten war, blickte Hagenauer Ende 1807 dankbar zurück bzw. auf die österreichische Herrschaft und relativierte damit unliebsame Neuerungen. Er erwähnte nun den „Schutz des Österreichischen Monarchen“, der Salzburg „den süßen Frieden“ genießen ließ, während die anderen Mächte bis Mitte 1807 „in die blutigsten Kriege verwickelt waren“. Er hob positiv hervor, dass der österreichische Kaiser die strengste Neutralität gewahrt habe, obwohl er verschiedenste vorteilhafte Anträge bekommen habe. Dies habe „manche bittere Getränke, die uns die neuen Einrichtungen welche uns sehr fremd waren, darbothen“, versüßt. Doch auch hierin mischte sich Kritik, indem er auf die früheren Regierungen verwies. Jetzt erst fange Salzburg an, das zu schätzen, was es verloren habe. In den letzten Jahren des „noch lebenden Geistlichen Regenten“ habe Salzburg sich im „blühendsten Stande (befunden), und doch war das Schmähen und das Mißvergnügen so vieler Undankbaren laut und zahlreich.“ Diejenigen, die der Ankunft der Franzosen mit Vergnügen entgegengesehen hätten, würden jetzt „um so mehr den Unterschied zwischen der itzigen und der vorigen Regierungsform“ empfinden.¹¹¹

Ausblick

SALZBURG WAR als Teil von Österreich in den Jahren 1806 bis 1809 vor allem vom Verlust der Eigenständigkeit und der Konfrontation mit der wirtschaftlichen Anpassung, die von den Betroffenen als sehr nachteilig beschrieben wurde, geprägt. Eher langsam machten sich österreichische Reformvorstöße in Richtung Abbau von Privilegien bemerkbar. Deutlich wurde hingegen die Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses wahrgenommen, die den bis dahin einflussreicheren geistlichen Institutionen, wie etwa dem Konsistorium und dem Domkapitel, viele Funktionen und Einflussmöglichkeiten nahm und die weltlichen Behörden aufwertete. Das wurde selbst von Dominik Hagenauer als Abt des landständischen Klosters St. Peter nicht ausschließlich negativ bewertet, auch wenn er sich der Fragilität des Weiterbestehens seines eigenen Klosters sehr bewusst war. Das führte ihn zu Vergleichen mit Bayern, das gegen die Klöster viel stärker vorgegangen war, und ließ ihn die Zugehörigkeit zu Österreich als Glück im Unglück interpretieren.

Der Krieg von 1809 brachte dann allerdings genau diese Konstellation. Salzburg und Berchtesgaden kamen zu Bayern, bildeten dort mit anderen Gebieten den Salzachkreis und waren über Bayern zugleich Mitglied des Rheinbundes – mit allen damit verbundenen Reformen, die in einer noch größeren Dichte und Reichweite als zur öster-

reichischen Zeit durchgeführt wurden. Zugleich traf aber diese Zugehörigkeit zu Bayern mit dessen schlechter Erfahrung mit Tirol und der Erhebung von 1809 zusammen. Damit profitierte Salzburg vom nun stärkeren Entgegenkommen Bayerns im kirchenpolitischen Bereich und vor allem vom Zugeständnis einer Residenz. Kronprinz Ludwig hielt sich als Generalgouverneur des Inn- und Salzachkreises vor allem in der Stadt Salzburg auf.¹¹² Als Salzburg nach langen Verhandlungen 1816 wiederum Österreich zugesprochen wurde, war die Bitte um die Residenz eines kaiserlichen Prinzen neben jener um eine eigene Landesregierung eine der vorrangigsten. Doch die zweite Zugehörigkeit zu Österreich brachte, wie eingangs erwähnt, durch die Unterstellung unter das Gubernium des Herzogtums ob der Enns bis 1848 zunächst den völligen Verlust des Landesstatus. Im Lauf dieser 30 Jahre konnten die kurzen Wechselspiele zu Beginn des 19. Jahrhunderts – das Kurfürstentum von 1803 bis 1805, von 1806 bis 1809 bei Österreich und von 1810 bis 1816 bei Bayern – leicht in Vergessenheit geraten. Sie holte Joseph Felner mit seinen Denkschriften ins Gedächtnis zurück, um Salzburg aufzuwerten und für den Stellenwert eines eigenen Kronlandes zu argumentieren.



Anmerkungen

1. Salzburger Landesarchiv (SLA), Nachlass Joseph Felner, Nr. 20, Tage und Gedenkbuch (Historiaemeitemporis) von der erstmaligen oesterreichischen Regierung im Herzogthum Salzburg und Fürstenthume Berchtesgaden, Bd. 1, S. 38. Im Folgenden als Felner, Tage und Gedenkbuch zitiert.
2. Hanna Hintner, Joseph Philipp Felner (1769-1850) als Staatsmann, Historiker und Mensch, unveröff. Diss., Wien 1967.
3. Harald Heppner, Der Aufstieg des Donau- und Karpatenraums zur Provinz. Streiflichter zu einem komplexen Thema, Vortrag bei der Tagung „Der Aufstieg zur Provinz. Die Länder der österreichischen Monarchie in ihrem Angleichungsprozess an das Zentrum / Ascensiunea la statutul de provincie. Țările monarhiei habsburgice în procesul lor de adaptare/echilibra-re la centru“, Cluj-Napoca/Klausenburg, 17.-19.Okt. 2013.
4. Alfred Stefan Weiß, Das Jahr 1803 und seine Bedeutung für die Geschichte des Landes Salzburg – Ursachen und Folgen, in: Scientia iuris et historia. Festschrift für Peter Putzer zum 65. Geburtstag, hg. von Ulrike Aichhorn/Alfred Rinnerthaler, Bd. 2, Egling an der Paar 2004, S. 1003-1038; Ders., Fürsterzbischof Hieronymus Graf Colloredo und sein Kampf gegen die „Feinde“ der Aufklärung, in: Die Säkularisation Salzburgs 1803. Voraussetzungen – Ereignisse – Folgen. Protokoll der Salzburger Tagung vom 19.-21. Juni 2003 (Wissenschaft und Religion. Veröffentlichungen des Internationalen Forschungszentrums für Grundfragen der Wissenschaft 11), hg. von Gerhard Ammerer/Dems., Frankfurt u.a. 2005, S. 120-141; Ders., Josephinismus in Salzburg? Das Beispiel der kirchlichen Reformtätigkeit, in: Josephinismus eine Bilanz – Échecs et réussites du Joséphisme (Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts 22), hg. von Wolfgang Schmale/Renate Zedinger/Jean Mondot, Bochum 2008, S. 93-114.
5. Emmerich Binder, Die Neuordnung des Staatswesens in Salzburg nach der Säkularisation, unveröff. Diss., Wien 1962; Peter Putzer, Kursalzburg. Ein Beitrag zur territorialen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte zu Ende des alten Reichs, unveröff. Habilitationsschrift, Salzburg 1969.

6. Insbesondere Brigitte Partick, *Die erste Vereinigung Salzburgs mit Österreich*, unveröff. Diss., Wien 1965. Auf sie greifen spätere Publikationen zurück, wie etwa Franz Ortner, *Vom Kurfürstentum zum Wiener Kongress – Salzburg 1803-1816*, in: *Geschichte Salzburgs. Stadt und Land*, hg. von Heinz Dopsch/Hans Spatzenegger, Bd. II/2. Teil, S. 587-619.
7. Felner, *Tage und Gedenkbuch*, S. 3.
8. Ebd., S. 3f.
9. Auch die Bearbeitung des Kurfürstentums von 1803 bis 1805, als Salzburg noch eigenständig war, zielt in eine ähnliche Richtung. Dieses dreibändige Manuskript hatte er 1838 abgeschlossen. SLA, Nachlass Felner, Nr. 16: *Denkschrift über die churfürstliche (Toskanische) Regierung von 1803-1806. Historischer Versuch mit einer Einleitung über die der Säkularisation vorhergegangenen diplomatischen Verhandlungen*.
10. Wilfried Watteck, *Salzburg auf dem Wege zu einem autonomen Kronlande (1816-1860)*, in: *Salzburger Mitteilungen für Landeskunde* 63 (1923), S. 17-60, hier 26; SLA, Nachlass Franz de Paula Pichler, *Tagebuch* Nr. 32, 1. Juni 1817.
11. Watteck, *Salzburg*, S. 39-50.
12. Adolf Hahn/Hannelore u. Rudolph Angermüller (Hg.), *Abt Dominikus Hagenauer (1746-1811) von St. Peter in Salzburg. Tagebücher 1786-1810, Teilbd. II: Tagebücher 1799-1810 (Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 46)*, St. Ottilien 2009. Im Folgenden zitiert als Hagenauer, *Tagebuch*.
13. SLA, Nachlass Franz de Paula Pichler, *Tagebücher 1799-1820*. Im Folgenden zitiert als Pichler, *Tagebuch*.
14. Rosemarie Precht, *Die Autobiographie des Franz de Paula Pichler als kulturhistorische Quelle*, unveröff. Hausarbeit, Salzburg 1980.
15. Rekrutierung von Soldaten in den österreichischen Ländern, Zusammenziehung und Aufstellung von Truppen bzw. Truppendurchzüge, Nachrichten und Gerüchte von militärischen Unternehmungen Napoleons. Hagenauer, *Tagebuch*, 30. Aug. 1805, S. 1048f.
16. Ebd., 16. Okt. 1805, S. 1053.
17. Ebd., 18. Okt. 1805, S. 1053.
18. Luigia de Santis, *Manfredini e la sua politica. Contributo alla storia dei Lorenesi di Toscana*, Firenze 1909.
19. Kersten Krüger, *Die landständische Verfassung (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 67)*, München 2003; Gerhard Ammerer/William D. Godsey, Jr./Martin Scheutz/Peter Urbanitsch/Alfred Stefan Weiß (Hg.), *Bündnispartner und Konkurrenten der Landesfürsten? Die Stände der Habsburgermonarchie (Veröffentlichungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 49)*, Wien/München 2007.
20. Hagenauer, *Tagebuch*, 27. Sept. 1805, S. 1051.
21. Ebd., 19. Okt. 1805, S. 1054.
22. Ebd., 29. Okt. 1805, S. 1055; 11. Nov. 1805, S. 1063.
23. Ebd., 29. Nov. 1805, S. 1068.
24. Ebd., 30. Nov. 1805, S. 1069.
25. Ebd., 11. u. 13. Nov. 1805, S. 1063.
26. So willigten die Landstände beispielsweise nicht in den Vorschlag Manfredinis ein, angesichts der hohen Kontributionsforderung von Napoleon nur mitzuteilen, dass man nicht fähig sei, diese zu bezahlen und es dann darauf ankommen zu lassen, dass die Administration vom französischen Intendanten selbst übernommen werde. Sie wollten diese Handlungsmöglichkeit nicht aus der Hand geben. Ebd., 5. Dez. 1805, S. 1070.
27. Ebd., 29. Nov. 1805, S. 1068f.
28. Ebd., 10. Dez. 1805, S. 1073.

29. Ebd., 31. Dez. 1805, S. 1080.
30. Ebd., 1. Jan. 1806, S. 1088.
31. Ebd., 4. Jan. 1806, S. 1090.
32. Ebd., 1. Febr. 1806, S. 1098.
33. Ebd., 7. März 1806, S. 1110.
34. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 22.
35. Pichler, Tagebuch, 22. Mai 1806.
36. Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Österreichische Geschichte)*, Wien 1995, S. 221f.
37. Hagenauer, Tagebuch, 7. Jan. 1806, S. 1092.
38. Ebd., 10. Jan. 1806, S. 1093.
39. Felner, Tage und Gedenkbuch, 11; Hagenauer, Tagebuch, 18. Febr. 1806, S. 1101.
40. Hagenauer, Tagebuch, 8. März 1806, S. 1107.
41. Laut seiner Einträge im Tagebuch ging die Initiative dafür von ihm aus. Ebd., 5. April 1806, 1113. Felner führte die Reise jedoch auf den Vorschlag von Hofkommissär Bissingen zurück. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 9.
42. Hagenauer, Tagebuch, 8.-16. April 1806, S. 1114-1119.
43. Ebd., 27. Sept. 1806, S. 1142.
44. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 12.
45. Hagenauer, Tagebuch, 11. Juni 1806, S. 1125.
46. Ebd., 30. März 1808, S. 1228.
47. Partick, Vereinigung, S. 11-14.
48. Hagenauer, Tagebuch, 8., 28. März – 3. April 1808, S. 1226-1232.
49. Ebd., 21. Okt. 1807, S. 1202.
50. Ebd., 2. März 1806, S. 1104.
51. Ebd., 19. März 1806, S. 1110.
52. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 12-14.
53. Hagenauer, Tagebuch, 31. Dez. 1806, S. 1159f.
54. Ebd., 1. Jan. 1807, S. 1163.
55. Partick, Vereinigung, S. 9f.
56. Hagenauer, Tagebuch, 7. Juli 1806, S. 1127f.
57. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 36.
58. Hagenauer, Tagebuch, 1. Dez. 1806, S. 1154f.
59. Pichler, 17. Mai 1806.
60. Hagenauer, Tagebuch, 28. April 1807, S. 1174.
61. Ebd., 26. Okt. 1807, S. 1203. Auch bei der Abhaltung des Großen Landtages 1808 hatten sie noch keine Antwort auf ihre bisherigen Entschlüssen bekommen. Ebd., 5. Sept. 1808, S. 1253.
62. Partick, Vereinigung, S. 91-93.
63. Hagenauer, Tagebuch, 16. Mai 1808, S. 1236.
64. Ebd., 21. Nov. 1808, S. 1262f.
65. Ebd., 24. Okt. 1807, S. 1203.
66. Ebd., 23. Nov. 1808, S. 1263.
67. Ebd., 26. Aug. 1807, S. 1194.
68. Ebd., 9. Juli 1806, S. 1128.
69. Ebd., 26. Sept. 1806, S. 1141; 28. Nov. 1806, S. 1154.
70. Ebd., 18. Mai 1808, S. 1236.
71. Ebd., 28. März 1809, S. 1278.

72. Ebd., 6. Dez. 1806, S. 1155f.
73. Ebd., 29. Dez. 1808, S. 1266.
74. Ebd., 29. Juli 1805, S. 1045.
75. Ebd., 4. Dez. 1806, S. 1155.
76. Ebd., 1. Jan. 1807, S. 1163.
77. Ebd., 9. Dez. 1806, S. 1156.
78. Ebd., 2. Jan. 1807, S. 1164.
79. Ebd., 20. Febr. 1808, S. 1275.
80. Ebd., 21. März 1807, S. 1170.
81. Ebd., 30. Jan. 1807, S. 1165; 5. Okt. 1807, S. 1196; 24. Okt. 1807, S. 1202; 3. Sept. 1808, S. 1250.
82. Ebd., 29. Dez. 1806, S. 1158.
83. Ebd., 20. Okt. 1807, S. 1200.
84. Felner, Tage und Gedenkbuch, S. 12.
85. Hagenauer, Tagebuch, 21. Juli 1807, S. 1183; zum 1. Nov. 1807, S. 1206; 22. Aug. 1807, S. 1189; 1. Mai 1808, S. 1235; 1. Juli 1808, S. 1244.
86. Ebd., 15. Okt. 1807, S. 1198.
87. Ebd., 1. Febr. 1808, S. 1222.
88. Ebd., 13. April 1806, S. 1118.
89. Pichler, Tagebuch, 22. Juli 1806.
90. Hagenauer, Tagebuch, 31. Dez. 1806, S. 1159f.
91. Ebd., 25. Aug. 1807, S. 1194.
92. Ebd., 28. Aug. 1807, S. 1194.
93. Ebd., 27. Febr. 1808, S. 1224.
94. Ebd., 9. Febr. 1808, S. 1222.
95. Ebd., 9. April 1808, S. 1234.
96. Ebd., 1. Jan. 1807, S. 1164.
97. Pichler, Tagebuch, 29. Juli 1806.
98. Ebd., 31. Juli 1806.
99. Ebd., 13. Aug. 1806.
100. Ebd., 14. Aug. 1806.
101. Ebd., 9. Nov. 1806.
102. Ebd., 26. Nov. 1806.
103. Hagenauer, Tagebuch, 29. Okt. 1805, S. 1055.
104. Ebd., 30. Okt. 1805, S. 1056.
105. Ebd., 31. Dez. 1806, S. 1159f.
106. Ebd., 1. Jan. 1807, S. 1163.
107. Ebd., 31. Dez. 1806, S. 1160.
108. Ebd., 31. Dez. 1806, S. 1160.
109. Pichler, Tagebuch, 6. Aug. 1806.
110. Ebd., 14. Aug. 1806.
111. Hagenauer, Tagebuch, 1. Jan. 1808, S. 1216.
112. Stefan Miedaner, Salzburg unter bayerischer Herrschaft. Die Kreishauptstadt und der Salzachkreis von 1810 bis 1816, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 125 (1985), S. 9-305.

Abstract**Decline or the Beginning of Reforms? An Outlook on the Transformation of Salzburg into an Austrian Province in the Early 19th Century**

The former Electorate Salzburg and Berchtesgaden came to Austria after the Peace Treaty of Pressburg of 1805. This first belonging to Austria lasted only until 1809, when Salzburg, after a few months of French occupation, got awarded to Bavaria until 1816. Being a part of Austria again after 1816, Salzburg lost its status of a territory within the Habsburg monarchy. This loss usually overshadowed the first time of Salzburg with Austria. The aim of this article is to have a precise look on the years 1806 until 1809 and how the process of becoming an Austrian province was perceived by contemporaries – by means of two diaries and one memory of leading officials. Above all, they described the loss of the self-dependence and the bad impact of the economic incorporation, but they seemed also to take advantages of some new developments.

Keywords

Salzburg, Berchtesgaden, Early 19th Century, Perception of the Incorporation, Diaries and memories of Leading Officials